

Gartenstadt Hamburg eG

The logo consists of several stylized, line-art houses of varying heights and widths, arranged in a cluster. A single tree with a circular canopy is positioned to the right of the houses. The entire graphic is rendered in a light green color.

WOHNUNGSGENOSSENSCHAFT

WAHLORDNUNG

Stand: April 2008

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 1 Wahlvorstand	7
§ 2 Aufgaben des Wahlvorstandes	7
§ 3 Wahlberechtigung	7
§ 4 Wählbarkeit	8
§ 5 Wahlbezirke und Wählerlisten	8
§ 6 Ort und Zeit der Wahl, Bekanntmachung	8
§ 7 Kandidaten und Wahlvorschläge	8
§ 8 Form der Wahl, Stimmzettel	8
§ 9 Nicht belegt	9
§ 10 Briefwahl	9
§ 11 Wahlergebnis	9
§ 12 Niederschrift über die Wahl	9
§ 13 Feststellung der Vertreter und Ersatzvertreter	10
§ 14 Bekanntgabe der Vertreter und Ersatzvertreter	10
§ 15 Wahlanfechtung	10
§ 16 Inkrafttreten der Wahlordnung	10

§ 1 WAHLVORSTAND

- (1) Zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl von Vertretern und Ersatzvertretern zur Vertreterversammlung sowie für alle damit zusammenhängenden Entscheidungen wird ein Wahlvorstand bestellt,
- (2) Der Wahlvorstand besteht aus sieben Mitgliedern der Genossenschaft.

Hiervon werden

- 1 Mitglied aus dem Vorstand und
- 2 Mitglieder aus dem Aufsichtsrat entsandt sowie
- 4 Mitglieder von der Vertreterversammlung gewählt.

Die Mitglieder des Wahlvorstandes, die nicht dem Vorstand oder Aufsichtsrat angehören, müssen im Wahlvorstand überwiegen.

- (3) Der Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und einen Schriftführer.
- (4) Der Wahlvorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder bei der Beschlussfassung anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Über die Beschlüsse sind Niederschriften anzufertigen. Diese sind von dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter sowie einem Mitglied zu unterzeichnen.
- (5) Der Wahlvorstand bleibt bis zur Neuwahl eines Wahlvorstandes, längstens jedoch fünf Jahre im Amt.

§ 2 AUFGABEN DES WAHLVORSTANDES

- (1) Der Wahlvorstand hat unter Beachtung der Satzungsbestimmungen zur Vertreterversammlung insbesondere folgende Aufgaben:
 1. die Feststellung der wahlberechtigten Mitglieder und Festlegung der Wahlbezirke,
 2. die Feststellung der Zahl der in den einzelnen Wahlbezirken zu wählenden Vertreter; maßgebend für die Feststellung ist die Zahl der Mitglieder am letzten Tag des der Wahl vorausgegangenen Geschäftsjahres,
 3. die Festlegung der Zahl der zu wählenden Ersatzvertreter,
 4. nicht belegt
 5. die Festsetzung der Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen,
 6. die Bekanntmachung der Vorbereitung und Durchführung der Wahl gemäß § 6 Abs. 2,
 7. die Feststellung und Bekanntmachung der gewählten Vertreter und der gewählten Ersatzvertreter,
 8. die Behandlung von Anfechtungen der Wahl.
- (2) Der Wahlvorstand kann zur Erfüllung seiner Aufgaben Wahlhelfer heranziehen.

§ 3 WAHLBERECHTIGUNG

- (1) Wahlberechtigt ist jedes bei der Bekanntmachung der Wahl auf Beschluss des Vorstandes zugelassene Mitglied. Ausgeschlossene Mitglieder haben ab dem Zeitpunkt der Absendung des Ausschließungsbeschlusses gemäß § 11 Abs. 3 der Satzung kein Wahlrecht mehr.
- (2) Das Mitglied übt sein Stimmrecht persönlich aus. Das Stimmrecht geschäftsunfähiger oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkter natürlicher Personen sowie das Stimmrecht von juristischen Personen wird durch ihre gesetzlichen Vertreter, das Stimmrecht von Personenhandelsgesellschaften durch zur Vertretung ermächtigte Gesellschafter ausgeübt. Mehrere Erben eines verstorbenen Mitgliedes üben ihr Stimmrecht durch einen gemeinschaftlichen Vertreter aus (§ 9 der Satzung). Für die schriftliche Bevollmächtigung zur Ausübung des Wahlrechts gilt § 31 Abs. 3 der Satzung. Wahlberechtigte Vertreter des Mitgliedes oder Bevollmächtigte müssen ihre Vertretungsbefugnis auf Verlangen des Wahlvorstandes nachweisen.

§ 4 WÄHLBARKEIT

- (1) Wählbar ist jede natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die Mitglied der Genossenschaft ist und nicht dem Vorstand oder Aufsichtsrat angehört. Ist ein Mitglied der Genossenschaft eine juristische Person oder eine Personengesellschaft können natürliche Personen, die zu deren gesetzlicher Vertretung befugt sind, als Vertreter gewählt werden.
- (2) Nicht wählbar ist ein Mitglied ab dem Zeitpunkt der Absendung des Ausschließungsbeschlusses gemäß § 11 Abs. 3 der Satzung.

§ 5 WAHLBEZIRKE UND WÄHLERLISTEN

- (1) Der Wahlvorstand beschließt, welche Wahlbezirke auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat gebildet werden. Dabei ist für die Mitglieder, die nicht in einer Genossenschaftswohnung der Gartenstadt wohnen, ein eigener Wahlkreis zu bilden. Die Wahlbezirke sollen möglichst zusammenhängende Wohnbezirke umfassen. In Zweifelsfällen entscheidet der Wahlvorstand, zu welchem Wahlbezirk ein Mitglied gehört.
- (2) Der Wahlvorstand stellt für jeden Wahlbezirk eine Liste der nach § 3 Abs. 1 bekannten Wahlberechtigten auf (Wählerliste). Diese wird in den Geschäftsräumen der Genossenschaft zur Einsicht für die Mitglieder ausgelegt und erforderlichenfalls ergänzt. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme in diese Wählerliste ist im Rahmen des § 6 Abs. 2 hinzuweisen.
- (3) Der Wahlvorstand stellt fest, wie viele Vertreter und Ersatzvertreter in den einzelnen Wahlbezirken unter Beachtung von § 31 Abs. 4 der Satzung zu wählen sind.

§ 6 ORT UND ZEIT DER WAHL, BEKANNTMACHUNG

- (1) Der Wahlvorstand hat Ort und Zeit der Wahl zu bestimmen.
- (2) Der Wahlvorstand hat den Mitgliedern rechtzeitig alle die Wahl zur Vertreterversammlung betreffenden Daten, Fristen und Unterlagen bekannt zu machen. Bekanntmachungen erfolgen durch schriftliche Mitteilungen an die Mitglieder oder durch Auslegung in den Geschäftsräumen der Genossenschaft zur Einsicht für die Mitglieder und in den Schaukästen sowie in den Hausmeisterbüros und auf der Internetseite der Gartenstadt.

§ 7 KANDIDATEN UND WAHLVORSCHLÄGE

- (1) Der Wahlvorstand und jedes Mitglied können Kandidaten zur Wahl als Vertreter vorschlagen. Mitglieder können sich auch selbst vorschlagen. Der Vorschlag muss jeweils den Namen, Vornamen und die Anschrift des vorgeschlagenen Mitgliedes angeben. Dem Vorschlag ist eine Erklärung des Vorgeschlagenen beizufügen, dass er mit seiner Benennung einverstanden ist und dass er die Wahl als Vertreter oder als Ersatzvertreter annimmt.
- (2) Der Wahlvorstand prüft die von den Mitgliedern eingereichten Wahlvorschläge und stellt das Ergebnis seiner Prüfung durch Beschluss fest.
- (3) Der Wahlvorstand stellt die Vorschläge nach den einzelnen Wahlbezirken zusammen und gibt diese gemäß § 6 Absatz 2 bekannt.

§ 8 FORM DER WAHL, STIMMZETTEL

- (1) Die Wahl erfolgt durch Briefwahl.
- (2) Die Wahl nach gebundenen Listen ist ausgeschlossen.
- (3) Der Stimmzettel muss die Namen und Anschriften der für den einzelnen Wahlbezirk aufgestellten Kandidaten enthalten.
- (4) Der Wähler bezeichnet auf dem Stimmzettel die vorgeschlagenen Kandidaten, denen er seine Stimme geben will, durch Ankreuzen.
- (5) Der Wähler darf auf dem Stimmzettel nur höchstens so viele Namen ankreuzen wie Vertreter und Ersatzvertreter zu wählen sind.

§ 9 NICHT BELEGT

§ 10 BRIEFWAHL

- (1) Der Wahlvorstand gibt mindestens vier Wochen vorher die Frist bekannt, bis zu der spätestens die schriftliche Stimmabgabe eingegangen sein muss.
- (2) Der Wahlvorstand übermittelt den am Tag der Wahlbekanntmachung bekannten Mitgliedern unaufgefordert
 - einen Umschlag (Wahlbrief), der mit dem Wahlbezirk und der Mitgliedsnummer gekennzeichnet ist und
 - einen Stimmzettel mit neutralem Stimmzettelumschlag.
- (3) Der Wähler legt den ausgefüllten Stimmzettel in den zu verschließenden Stimmzettelumschlag und diesen in den Wahlbrief. Der Wahlbrief ist rechtzeitig an die vorgegebene Adresse zu übersenden.
- (4) Nicht besetzt
- (5) Die Wahlbriefe sind ungeöffnet nach näherer Bestimmung des Wahlvorstandes ordnungsgemäß zu verwahren. Die Anzahl der eingegangenen Wahlbriefe ist für jeden Wahlbezirk gesondert festzuhalten. Die nicht ordnungsgemäß gekennzeichneten Wahlbriefe sind mit dem Vermerk „ungültig“ zu versehen.
- (6) Der Wahlvorstand stellt die Anzahl der ihm übermittelten Wahlbriefe - bezogen auf den Bezirk - in einer Niederschrift fest und vermerkt die Stimmabgabe in der Wählerliste. Danach sind die Stimmzettelumschläge dem Wahlbrief zu entnehmen. Die Wahlbriefumschläge sind zu vernichten. Die Anzahl der gültigen und der ungültigen Stimmzettelumschläge ist in der Niederschrift festzuhalten. Ungültig ist ein Stimmzettelumschlag, der nicht neutral gemäß Abs. 2 gehalten ist.

§ 11 WAHLERGEBNIS

- (1) Der Wahlvorstand stellt das Ergebnis der Vertreterwahl fest.
- (2) Nach der Zählung der Stimmzettelumschläge nimmt der Wahlvorstand die Auszählung vor und prüft die Gültigkeit jedes Stimmzettels.
- (3) Ungültig sind Stimmzettel,
 - a) die nicht oder nicht allein in dem Stimmzettelumschlag abgegeben worden sind,
 - b) die nicht mit dem Stimmzettel übereinstimmen, der dem Wahlberechtigten ausgehändigt wurde, insbesondere andere als in den Wahlvorschlägen aufgeführte Namen enthalten,
 - c) die mehr angekreuzte Namen enthalten, als Vertreter und Ersatzvertreter zu wählen sind,
 - d) aus denen der Wille des Abstimmenden nicht unzweifelhaft erkennbar ist,
 - e) die mit Zusätzen oder Vorbehalten versehen sind.
- (4) Die Ungültigkeit eines Stimmzettels ist durch Beschluss des Wahlvorstandes festzustellen.

§ 12 NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE WAHL

- (1) Über den Ablauf und das Ergebnis der Wahlhandlungen ist eine Niederschrift anzufertigen. Die gültigen und ungültigen Stimmzettel sind gesondert sechs Monate aufzubewahren.
- (2) Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes oder seinem Stellvertreter sowie einem Mitglied zu unterzeichnen und für die Dauer der Wahlperiode vom Vorstand zu verwahren.

§ 13 FESTSTELLUNG DER VERTRETER UND ERSATZVERTRETER

- (1) Aufgrund der zugelassenen Wahlvorschläge und der Niederschriften über die Wahlhandlungen stellt der Wahlvorstand innerhalb von vierzehn Tagen nach der Wahl die in jedem Wahlbezirk gewählten Vertreter und Ersatzvertreter durch Beschluss fest.
- (2) Als Vertreter sind in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmen die Mitglieder gewählt, die jeweils die meisten Stimmen - bezogen auf den Bezirk - erhalten haben.
- (3) Als Ersatzvertreter sind in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmen die Mitglieder gewählt, die nach den Vertretern jeweils die meisten Stimmen – bezogen auf den Bezirk – erhalten haben.
- (4) Bei Mitgliedern, die die gleiche Stimmenzahl erhalten haben, entscheidet über die Reihenfolge i.S. von Abs. 2 und 3 und damit über ihre Zuordnung als Vertreter oder Ersatzvertreter die längere Zugehörigkeit zur Genossenschaft, bei gleich langer Zugehörigkeit die alphabetische Reihenfolge des Familiennamens.
- (5) Der Wahlvorstand hat die als gewählt festgestellten Vertreter und Ersatzvertreter unverzüglich über ihre Wahl zu unterrichten.
- (6) Fällt nach der Wahl ein Vertreter vorzeitig weg durch
 - a) Niederlegung des Amtes als Vertreter,
 - b) Ausscheiden aus der Genossenschaft,
 - c) Absendung des Ausschließungsbeschlusses gemäß § 11 Abs. 3 der Satzung,
 - d) Geschäftsunfähigkeit,
 - e) Wahl in den Vorstand oder Aufsichtsrat,so tritt an seine Stelle der Ersatzvertreter entsprechend der Reihenfolge nach Absatz 3. Dies gilt auch, wenn der als Vertreter Gewählte vor dem Beginn seiner Amtszeit ausscheidet.

§ 14 BEKANNTGABE DER VERTRETER UND ERSATZVERTRETER

Der Wahlvorstand hat die Namen der Vertreter und Ersatzvertreter die gewählt wurden gemäß § 6 Absatz 2 bekannt zu geben.

§ 15 WAHLANFECHTUNG

Jedes wahlberechtigte Mitglied kann innerhalb einer Frist von einer Woche nach Bekanntgabe (§ 14) bei dem Wahlvorstand die Wahl schriftlich anfechten, wenn gegen zwingende Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes, der Satzung oder der Wahlordnung verstoßen worden ist. Die Wahlanfechtung ist nicht begründet, wenn durch den gerügten Verstoß das Wahlergebnis nicht beeinflusst wird. Über die Anfechtung entscheidet der Wahlvorstand. Er gibt dem Anfechtenden seine Entscheidung schriftlich bekannt.

§ 16 INKRAFTTRETEN DER WAHLORDNUNG

Die Vertreterversammlung hat gemäß § 43a Abs. 4 GenG durch Beschluss vom 16.04.2008 der Wahlordnung zugestimmt. Sie tritt mit dieser Beschlussfassung in Kraft.